

SPÖ/NR/Bayr/Menschenrechte/Frauenhandel

Petra Bayr: Zwangsprostitution ist lukrativer als Waffenhandel

Utl.: SPÖ-Bereichssprecherin für Entwicklungsarbeit präsentiert
Forderungskatalog für Opferschutz =

Wien (SK) - "Bis zu vier Millionen Menschen werden weltweit Opfer von Menschenhandel. Etwa 700.000 Mädchen und Frauen werden verschleppt und in die Prostitution gezwungen", sagte Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Entwicklungsarbeit, am Mittwoch im Nationalrat. Der Gewinn aus Zwangsprostitution liege mittlerweile weltweit bei sieben Milliarden US-Dollar und ist damit lukrativer als Waffenhandel. Bayr verwies auf die problematische Situation in Moldawien: "Dort fehlen wegen Zwangsverschleppung bereits zehn Prozent der Frauen." ****

Bayr präsentierte einen Forderungskatalog für die Innenpolitik. Dieser umfasst folgende Punkte:

- * Eine 30-tägige Stabilisierungszeit für Opfer von Menschenhandel, in denen die Opfer Recht auf Information haben und krankenversichert sind
- * Einen Aufenthaltstitel für Frauen, die bereit sind mit der Justiz zu kooperieren, um die Täter zu überführen
- * Ein Rechtsanspruch auf Opferschutz: Bis zur Klärung des Aufenthaltstitels muss es Betreuung geben und die Beratungsstellen müssen dementsprechend dotiert werden. (Bayr verwies hier als Beispiel auf den Verein für Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen "Lefö".)
- * Nach Erlangung einer offiziellen Aufenthaltsgenehmigung muss der Grundsatz gelten: "Wer legal hier lebt muss auch legal hier arbeiten können."

Schulungen in Fragen zum Menschenhandel sollten nicht nur für Richter und Staatsanwälte vorgesehen sein, sondern auch für PolizistInnen und DolmetscherInnen, so Bayr. Der Bund müsse dafür sorgen, "dass ausreichend Plätze in spezialisierten Opferschutzeinrichtungen wirklich in allen Bundesländern zur Verfügung stehen". "Wir müssen die Konventionen, die derzeit auf Europaratsebene diskutiert werden, in Nationales Recht implementieren und auch Opfern, die nach Hause zurück kehren wollen helfen", betonte Bayr.

Zur Warnung für mögliche Zustände bei der Fußball-EM 2008 in Österreich und der Schweiz empfiehlt Bayr einen Blick nach Deutschland. Dort rechnet man im Zuge der Fußball-WM 2006 mit 40.000 zusätzlichen Visa für Sexarbeiterinnen. "Davon wird ein Großteil nicht freiwillig kommen, sondern geschleppt werden", so Bayr. Eine männerfreundliche Politik, die "Sex-Containern" Vorschub leistet, müsse in Österreich verhindert werden. Deshalb gelte, es sinnvolle Gesetze zu beschließen, forderte Bayr. "Menschenrechte und Frauenrechte sind unmittelbar miteinander verknüpft", erinnerte Bayr mit Verweis auf den Internationalen Tag der Menschenrechte. (Schluss) fe

Rückfragehinweis:
Pressedienst der SPÖ
Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES
AUSSENDERS ***

OTS0236 2005-12-07/16:49

071649 Dez 05